

(MULTIPLE CHOICE)

FACHPRÜFUNG FINANZRECHT

Univ-Prof MMag Dr Christoph Urtz

26.4.2022

9:30–11:30

HS 381

1. Schreiben Sie bitte **leserlich**; unleserliche Passagen können nicht bewertet werden.
2. Erwartet werden – bei sonstigem völligem Punkteverlust – **a.** eine juristisch saubere **Subsumtion** des Sachverhalts unter die einschlägige(n) Rechtsnorm(en) und **b.** deren **genaueste** Bezeichnung (§, Abs, Z, lit, TS).

Vor- und Nachname: _____

Matrikelnummer: _____

Studium: ☐ Diplomstudium Rechtswissenschaften

☐ Bachelorstudium Recht und Wirtschaft

Notwendige Mindestpunkte pro Partiale: 24

	Aufgabe	erreichbare Punkte	erreichte Punkte
Partiale 1	1	3	
	2	30	
	3	7,5	
	4	5	
	5	7	
	6	7,5	
Partiale 2	7	21	
	8	11	
	9	7	
	10	7	
	11	7	
	12	7	
Summe		120,0	

00-59	nicht genügend
60-83	genügend
84-95	befriedigend
96-107	gut
107-120	sehr gut

Die Fachprüfung wird mit _____ beurteilt.

Bewertung Multiple Choice:

Es gibt pro Frage fünf Antwortmöglichkeiten.

Dabei können alle fünf Antwortmöglichkeiten richtig oder alle fünf falsch sein oder es kann alle denkbaren anderen Kombinationen geben (vier richtig eine falsch, drei richtig zwei falsch, usw).

Wenn KEINE der fünf Antwortmöglichkeiten richtig ist, ist dies extra anzukreuzen!
(= Antwortmöglichkeit 6)

Wenn GAR kein Kreuz gemacht wurde (also auch nicht angekreuzt wurde, dass keine der fünf Antwortmöglichkeiten richtig ist), gibt es Null Punkte! Sollte fälschlich die Antwortmöglichkeit 6 (= keine der Antwortmöglichkeiten ist richtig) angekreuzt worden sein, gibt es insgesamt keine Punkte.

Punkteverteilung innerhalb der MC Fragen:

Die einzelnen Antwortmöglichkeiten können unterschiedlich gewichtet sein (zB Antwortmöglichkeit eins mit 2 Punkten, alle anderen Antwortmöglichkeiten nur 1 Punkt, insgesamt daher 6 Punkte). Bei – ganz oder teilweise – falschem „Ankreuzen“ oder „Nicht-Ankreuzen“ gibt es nicht die vollen Punkte oder gar keine Punkte für das jeweilige Beispiel.

Gehen Sie davon aus, dass alle Abgabepflichtigen ihren (Wohn)Sitz, gewöhnlichen Aufenthalt oder Ort der Geschäftsleitung in Österreich haben, *es sei denn der Sachverhalt legt Ihnen anderes nahe.*

1. Partiale: EStG und KStG (60 Punkte)

1. (3 P) Was ist der Unterschied zwischen einem echten und unechten stillen Gesellschafter?
2. (30 P) (Die natürlichen Personen) A und B sind zu je 50% Gesellschafter der AB GesbR. Anfang 2015 kauft die AB GesbR ein Mietgebäude um 1.000.000 €. Dieses Mietgebäude wird zu Wohnzwecken vermietet und bildet die einzige Einkunftsquelle der GesbR.
 - a. (3,5 P) Wer ist steuerpflichtig: die AB GesbR und/oder A und/oder B?
 - b. (1,5 P) Wie sind die Einkünfte zu ermitteln?
 - c. (13,5 P) Im Jahr 2021 fallen folgende Ausgaben an:
 - Einbau eines Personenaufzugs um 50.000 €,
 - Austausch sämtlicher Fenster um 45.000 €,
 - Ausbesserung des Verputzes um 4.000 € und
 - Grundsteuer iHv 1.000 €.Die Restnutzungsdauer des Mietgebäudes beträgt 25 Jahre. Die AB GesbR erzielt im Jahr 2021 Mieteinnahmen iHv 35.000 €. Wie hoch sind ihre Einkünfte 2021?
 - d. (6 P) Welche einkommensteuerrechtliche Konsequenz hätte eine Veräußerung des Mietgebäudes um 1.300.000 € im April 2022? Gehen Sie dabei von Anschaffungskosten iHv 1.022.500 € im Verkaufszeitpunkt aus.
 - e. (2,5 P) Sind Anschaffungskosten iHv 1.022.500 € in d. überhaupt möglich? Immerhin wurde das Mietgebäude im Jahr 2015 nur um 1.000.000 € erworben.
 - f. (3 P) Was unterscheidet die Einkünfte in c. von den Einkünften in d.?

3. (7,5 P) Die C GmbH ist seit 2010 zu 60% an der D AG beteiligt (Anschaffungskosten der Beteiligung iHv 1.000.000 €). Im Jahr 2021 gewährt die D AG der C GmbH ein unverzinsliches Darlehen iHv 500.000 €. Darüber wird ein formaler Darlehensvertrag errichtet, der eine Rückzahlung über zehn Jahre jeweils am Jahresende vorsieht. Hätte die C GmbH ein Darlehen derselben Höhe bei einer Bank aufgenommen, hätte sie Zinsen iHv 2% per annum zu leisten.

- ☐ Die Einkünfte aus Gewerbebetrieb der D AG erhöhen sich um 10.000.
- ☐ Die D AG hat KESt in Höhe von 2.750 abzuführen.
- ☐ Die Einkünfte aus Gewerbebetrieb der C AG erhöhen sich um 10.000.
- ☐ Die Einkünfte aus Gewerbebetrieb der C AG erhöhen sich um 500.000.
- ☐ Wenn die C GmbH und die D AG auf den Abschluss eines formalen Darlehensvertrags verzichtet haben, liegt eine verdeckte Einlage bei der C GmbH vor.
- ☐ Keine der fünf vorangegangenen Antwortmöglichkeiten ist richtig!

4. (5 P) Die österreichische X AG hält folgende Beteiligungen:

- An der österreichischen Ö AG (90%ige Beteiligung der X AG an der Ö AG), und
- an der rumänischen R AG (80%ige Beteiligung der X AG an der R AG).
- Des Weiteren ist die X AG zu 100% als Kommanditist an der Ariel GmbH & Co KG beteiligt (die Komplementär-GmbH ist reiner Arbeitsgesellschafter); die Ariel GmbH & Co KG ist wiederum an der bulgarischen B AG beteiligt (75%ige Beteiligung der Ariel GmbH & Co KG an der B AG).

Beachten Sie auch die Fragen zu Beispiel 5 (zusammenhängendes Beispiel!)

- ☐ Sofern ein Gruppenantrag gestellt wird, ist die X AG ausschließlich eine beteiligte Körperschaft.
- ☐ Die Ö AG ist mit der X AG finanziell verbunden, sofern sie einen Gruppenantrag stellt.
- ☐ Die rumänische R AG kann nach dem vorliegenden Sachverhalt ein Gruppenmitglied sein, da sie eine „beteiligte inländische Körperschaft“ ist.
- ☐ Die Komplementär-GmbH der Ariel GmbH & Co KG kann nach dem vorliegenden Sachverhalt ein Gruppenmitglied sein.
- ☐ Die bulgarische B AG kann nach dem vorliegenden Sachverhalt Gruppenmitglied und Beteiligungskörperschaft sein.
- ☐ Keine der fünf vorangegangenen Antwortmöglichkeiten ist richtig!

5. (7 P) **Beachten Sie auch die Angabe zu Beispiel 4.** Gehen Sie davon aus, dass alle genannten Körperschaften in die Gruppe einbezogen wurden, und dass die Gruppenbildung ab 2020 erfolgt.

Die Geschäftsergebnisse der vier Kapitalgesellschaften sind wie folgt:

	2019	2020
X AG	-30	+45
Ö AG	-20	+20
R AG	-60	-40
B AG	-5	+35

- ☐ Im Jahr 2020 werden 0 Euro von der Ö-AG an die X-AG zugerechnet.
- ☐ Von der rumänischen R AG werden -40 an die X-AG zugerechnet.
- ☐ Von der bulgarischen B AG werden 26,25 an die X-AG zugerechnet.
- ☐ Der körperschaftsteuerpflichtige Gewinn der X-AG beträgt 3,25.
- ☐ Die X AG hat ihre 80%ige Beteiligung an der rumänischen R AG Anfang 2019 angeschafft (Anschaffungskosten iHv 10.000.000 €). Aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten der R AG sinkt der Wert dieser Beteiligung im Jahr 2021 um 1.400.000 € (auf 8.600.000 €). Dieser Sachverhalt führt zu einer steuerwirksamen Betriebsausgabe.
- ☐ Keine der fünf vorangegangenen Antwortmöglichkeiten ist richtig!

6. (7,5 P) Die österreichische Gemeinde Hintertupfing verwirklicht 2021 die folgenden Sachverhalte: Sie betreibt ein Schwimmbad, das einen Gewinn iHv 25.000 € erwirtschaftet (Variante: Verlust iHv -50.000 €). Sie vereinnahmt außerdem Zinsen iHv 300 € von einem Profitkonto der Sparkasse Freilassing (D) und Dividenden iHv 10.000 € von der X-GmbH, an der die Gemeinde zu 20% beteiligt ist. Schließlich vermietet sie Gemeindewohnungen und erzielt daraus einen Mietzins iHv 8.000 €.

- ☐ Der Gewinn aus dem Schwimmbad iHv 25.000 € gehört nicht zu den steuerpflichtigen Einkünften der Gemeinde.
- ☐ Die Zinsen iHv 300 € gehören nicht zu den steuerpflichtigen Einkünften der Gemeinde.
- ☐ Die Dividenden iHv 10.000 € gehören nicht zu den steuerpflichtigen Einkünften der Gemeinde.
- ☐ Der Mietzins iHv 8.000 € gehört nicht zu den steuerpflichtigen Einkünften der Gemeinde.
- ☐ Variante: Wenn das Schwimmbad einen Verlust iHv -50.000 € erwirtschaftet, beträgt aufgrund des Verlustausgleichs – unabhängig davon, ob die genannten Zinsen, Dividenden oder der Mietzins steuerpflichtig sind – das Einkommen der Gemeinde für 2021 Null.
- ☐ Keine der fünf vorangegangenen Antwortmöglichkeiten ist richtig!

2. Partiale: UStG, GrEStG, GebG und BAO (60 Punkte)

7. (21 P) Der Juwelier Haban betreibt ein Geschäft in Salzburg. Er verwirklicht 2021 die folgenden Geschäftsvorfälle:
- a) Verkauf von mehreren Rolex-Armbanduhren an den Uhrenhändler Zwingli, der ein Geschäft in Vaduz (Fürstentum Liechtenstein) betreibt. Die Uhren werden von einem Sicherheitstransport nach Vaduz geliefert; die Kosten dafür (6.000 € inklusive 20% USt) trägt Haban.
 - b) Verkauf eines Diamantenarmbandes an den belgischen Touristen Latrouffe. Latrouffe bringt das Armband mit dem Zug nach Belgien.
 - c) Verkauf von Diamantenhalsketten an den Schmuckhändler Carlotti in Rom (I). Angestellte von Carlotti holen die Halsketten ab und bringen sie nach Rom.
 - d) Zum Hochzeitstag schenkt Haban seiner Frau aus seiner Kollektion einen Ring, der einen Zollwert von 10.000 € hat und der ihn selbst 8.000 € gekostet hat.

Beurteilen Sie umfassend aus umsatzsteuerlicher Sicht!

8. (11 P) Alois ist ein pauschalierter Landwirt. Er hat 2022 bei der deutschen Sonnenschein-GmbH – die in Österreich weder Sitz, Geschäftsleitung noch eine Betriebsstätte hat – bisher Spezialfutter um 2.000 € (netto) bestellt. Im Vorjahr 2021 hatte er insgesamt landwirtschaftliche Produkte um 10.000 € (netto) bestellt. Die Sonnenschein-GmbH hatte nach Österreich im Jahr 2021 um 250.000 € (netto) und im Jahr 2022 (bisher) um 50.000 € (netto) landwirtschaftliche Produkte geliefert.

Ergänzungsfrage: Als Alois auf Aufforderung nicht zahlt, lässt sich die Sonnenschein-GmbH vom österreichischen Rechtsanwalt X beraten; dafür zahlt sie 1.000 € netto.

Beurteilen Sie 2022 umfassend aus umsatzsteuerrechtlicher Sicht!

9. (7 P) Der Einzelunternehmer Emil hat Umsätze vertretbarerweise als nicht steuerbar behandelt und daher nicht in seine Umsatzsteuererklärung 2015 aufgenommen. Am 30.09.2016 erhält er seinen Umsatzsteuerbescheid 2015, der rechtskräftig wird. Im Dezember 2021 beginnt eine Außenprüfung, die im Jänner 2022 endet. Als Ergebnis der Außenprüfung werden die von Emil nicht als steuerpflichtig behandelten Umsätze (40.000 €) als steuerpflichtig behandelt und am 31.01.2022 ein neuer Umsatzsteuerbescheid 2015 erlassen.

☐ Die Frist für die Festsetzungsverjährung endet gem den Regelungen der BAO am 31.12.2021.

☐ Eine amtswegige Wiederaufnahme im Zuge der Außenprüfung ist nicht (mehr) zulässig.

☐ Wenn Emil alle ordentlichen Rechtsmittel ausschöpfen will, um die Erhöhung der USt-Bemessungsgrundlage um 40.000 € zu bekämpfen, hat er Beschwerde gegen den neuen USt-Bescheid 2015 zu erheben.

☐ Die Beschwerdefrist für den Umsatzsteuerbescheid 2015 endet am 31. 02. 2022.

☐ Wenn Emil die Beschwerdefrist für den neuen Umsatzsteuerbescheid 2015 versäumt hat, kann er im Jahr 2022 erfolgreich eine Wiederaufnahme beantragen.

☐ Keine der fünf vorangegangenen Antwortmöglichkeiten ist richtig!

.

10. (7 P) Conny räumt Andrei am 01.02.2022 in Form einer schriftlichen Urkunde eine Option an einem österreichischen Grundstück ein, die Andrei berechtigt, das Grundstück um 900.000 € zu erwerben (Verkehrswert: 1,000.000 €; Grundstückswert: 800.000 €). Andrei überträgt diese Option mit schriftlichem Kaufvertrag vom 01.04.2022 um 950.000 € an Ovidiu.

Anmerkung: Conny, Andrei und Ovidiu sind alle Gebühreninländer.

Achtung – Fortsetzung in Beispiel 11; Lesen Sie vor Beantwortung daher auch die Antwortmöglichkeiten in Beispiel 11!

- ☐ Die Grunderwerbsteuerschuld für den Optionsvertrag zwischen Conny und Andrei entsteht im Februar 2022.
- ☐ Die Grunderwerbsteuerschuld für den oben genannten Vorgang (Optionsvertrag zwischen Conny und Andrei) beträgt 31.500 €.
- ☐ Die Übertragung der Option von Andrei an Ovidiu unterliegt zusätzlich der Grunderwerbsteuer.
- ☐ Die Übertragung der Option von Andrei an Ovidiu unterliegt zusätzlich der Grunderwerbsteuer, es kommt aber zur „Differenzbesteuerung“ gemäß § 1 Abs 4 GrEStG.
- ☐ Die Grunderwerbsteuerschuld beträgt für den gesamten geschilderten Sachverhalt 33.250 €.
- ☐ Keine der fünf vorangegangenen Antwortmöglichkeiten ist richtig!

11.(7 P) Siehe die Angabe zu Beispiel 10!

- ☐ Die Grunderwerbsteuerschuld beträgt für den gesamten geschilderten Sachverhalt 35.000 €.
- ☐ Der Verkauf der Option von Andrei an Ovidiu unterliegt dem Tatbestand der Zessionsgebühr.
- ☐ Die Zessionsgebühr beträgt 8.000 €.
- ☐ Der Verkauf der Option von Andrei an Ovidiu unterliegt NICHT dem Tatbestand der Zessionsgebühr, da wirtschaftlich keine Forderung, sondern ein Grundstück übertragen wird.
- ☐ Der Verkauf der Option von Andrei an Ovidiu unterliegt dem Tatbestand der Zessionsgebühr, ist aber befreit.
- ☐ Keine der fünf vorangegangenen Antwortmöglichkeiten ist richtig!

12.(7 P) Anton betreibt eine Windkraft-Anlage im Bundesland Salzburg (Gemeinde Oberhofen). Das Bundesland Salzburg sieht durch Landesgesetz vor, dass Gemeinden – im eigenen Wirkungsbereich – eine jährliche Abgabe auf Windkraft-Anlagen erheben dürfen, abhängig von der Größe der Windkraft-Anlage. Die genaue Höhe bleibt aber der „Festsetzung“ der Gemeinde überlassen. Durch Salzburger Landesgesetz ist weiters vorgesehen, dass für Abgaben im eigenen Wirkungsbereich einer Gemeinde gegen Bescheide des Bürgermeisters „ein innergemeindliches Rechtsmittel an die Gemeindebehörde zweiter Instanz“ zu erheben ist. Diese „Gemeindebehörde zweiter Instanz“ ist der Gemeinderat.

Der Gemeinderat der Gemeinde Oberhofen beschließt ein Gemeindegesetz, in dem die landesgesetzliche Windkraft-Abgabe mit 1 € pro m² der Windkraft-Anlage festgesetzt wird. Danach setzt der Bürgermeister der Gemeinde Oberhofen für die 10.000 m² große Windkraft-Anlage von Anton für 2021 eine Abgabe von 10.000 € fest.

- ☐ Anton kann gegen diesen Bescheid des Bürgermeisters das ordentliche Rechtsmittel der Beschwerde erheben.
- ☐ Das Rechtsmittel Antons ist an den Bürgermeister zu adressieren; wenn er es an den Gemeinderat richtet, riskiert Anton eine Fristversäumnis.
- ☐ Wenn der Gemeinderat das Rechtsmittel Antons abweist, kann Anton eine Beschwerde an das Bundesfinanzgericht erheben.
- ☐ Nach Erhebung des ordentlichen Rechtsmittels durch Anton hat der Bürgermeister zwingend eine Beschwerdeentscheidung zu erlassen.
- ☐ Anton wäre im Falle einer Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof – rein aus inhaltlicher/materieller Sicht – erfolgreich, da die Festsetzung der Abgabe durch die Gemeinde verfassungswidrig ist.
- ☐ Keine der fünf vorangegangenen Antwortmöglichkeiten ist richtig!